26. Begründet die rechtswidrige Zueignung von Sachen, welche sich auf einem gestrandeten, von der Besatzung verlassenen Schiffe befinden, den Thatbestand des Diebstahles oder denjenigen der Unterschlagung?

St.G.B. §§. 242. 246.

Strandungsordnung vom 17. Mai 1874 §§. 7. 12 (R.G.Bl. S. 73).

III. Straffenat. Ur. v. 7. Februar 1884 g. W. u. Gen. Rep. 52/84.

I. Landgericht Aarich.

Aus den Gründen:

In materieller Beziehung ist gegen die Angeklagten vom angefochtenen Urtheile festgestellt worden, daß dieselben in gemeinschaftlicher Ausführung von dem gestrandeten und als Brack von der Mannschaft verlassenen Schiffe „Königin Elisabeth“ verschiedene dem Kapitän und Mitrheder eigentümlich gehörige bewegliche Gegenstände den Eigentümern in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen haben. Dabei ist die Einrede der Angeklagten, die Sachen seien ihnen geschenkt worden, oder sie hätten Äußerungen des Kapitäns im Sinne einer Schenkung verstanden, als unwahr abgewiesen. Die Revision behauptet, es läge nicht Diebstahl, sondern Unterschlagung vor. Insofern Beschwerdeführer hiermit auf ihre ursprüngliche Einrede zurückzugreifen versuchen, wonach sie die fraglichen Gegenstände in der Absicht, dieselben zu bergen, und nicht in diebischer Absicht von dem gestrandeten Schiffe an sich genommen haben, ist der Angriff verfehlt; denn es ist diese Einrede von

der Instanz geprüft und aus rein tatsächlichen Gründen als ungläubhaft verworfen worden. Danach steht fest, daß die Wegnahme vom Schiffe nicht zum Zwecke des Bergens, sondern von vornherein in der Absicht rechtswidriger Zueignung geschehen ist, und es muß jedes Anfechten gegen diese Thatsache für die Revisionsinstanz unbeachtet bleiben.

Mehr Gewicht könnte der Einrede insofern beigemessen werden, als durch dieselbe zugleich das Begriffsmerkmal des „Wegnehmens“ an sich in Zweifel gezogen wird. Diesem möglichen Bedenken gegenüber kommt aber zunächst in Betracht, daß die Annahme einer Dereliction der fraglichen Sachen abseiten der Eigentümer durch die Urteilsgründe ausdrücklich beseitigt worden ist, indem die letzteren für erwiesen erklären, die das Schiff verlassende Besatzung desselben habe „die feste Absicht gehabt, die Sachen durchaus nicht den Wellen preiszugeben, sondern, sobald als irgend thunlich, von dem Wrack an das Land zu bringen.“ Damit ist aber zu gleicher Zeit von der Vorinstanz festgestellt, daß so wenig das Eigentum, wie der Gewahrsam an den fraglichen Gegenständen durch die Entfernung der Inhaber derselben vom Schiffe aufgegeben worden ist. Die Schiffsmannschaft brachte ihre durch die Strandung des Schiffes in Lebensgefahr versetzten Personen einstweilen in Sicherheit, behielt aber sowohl dem Willen, wie der physischen Möglichkeit nach den Gewahrsam am Schiffskörper, seinem Inventar und sonstigen Inhalt bei. Die Möglichkeit der Rückkehr auf das Schiff von der nahen Küste aus und die erneuerte Äußerung unmittelbarer tatsächlicher Herrschaft über dasselbe mochten unsicher und gefährdet sein; eine Unmöglichkeit, sich wieder in das körperliche Verhältnis unmittelbarer Gewalt über die Sachen zu versetzen, lag für die bisherigen Inhaber bis zur Wegnahme der Sachen durch die Angeklagten nach dem Inhalte der Urteilsgründe nicht vor. Daraus ergibt sich, daß bis zu jenem Vorgange ihr Gewahrsam an den Sachen fortgedauert hat. Auch der Umstand, daß bis zur Rückkunft der Schiffsbefatzung andere Personen das Wrack betreten und faktisch in Besitz nehmen konnten, änderte diese Rechtslage nicht.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 2 S. 64.

Auf diesen Grundsätzen ruht auch das geltende Strandungsrecht.

Nach §. 7 der deutschen Strandungsordnung vom 17. Mai 1874 (R.G.Bl. S. 73) dürfen im Falle der Seenot „wider den Willen des Schiffers keine Maßregeln zum Zwecke der Bergung oder Hilfeleistung

ergriffen werden.“ „Ist das Schiff von der Schiffsbesatzung verlassen,“ so bedarf es zum Betreten desselben mindestens der Erlaubnis des Strandvogtes. Ebenso darf ganz allgemein nach §. 12 a. a. D. „ohne Genehmigung des Schiffers nichts aus dem Schiffe fortgeschafft werden,“ und wird der Schiffer auch hier wieder durch den Strandvogt vertreten, sobald dieser die Leitung des Hilfeleistungs- und Vergungsverfahrens übernommen hat. Nach diesen Normen aber kann es nicht zweifelhaft sein, daß, wer von einem gestrandeten, von der Besatzung verlassenen Schiffe Gegenstände an sich nimmt, um sich dieselben rechtswidrig zuzueignen, im Sinne des §. 242 St.G.B.'s einen Diebstahl an den im fortbauenden Gewahrsam des Schiffers, bezw. der Schiffsbesatzung befindlichen Sachen begeht.